

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion SP/JUSO (Claudia Kuster, SP) vom 27. März 2008: Transparentes Kita-Informationssystem für Eltern (08.000134)

In der Stadtratssitzung vom 13. November 2008 wurde das folgende Postulat SP/JUSO erheblich erklärt:

Die „Zielsetzungen und Massnahmen der Familienergänzenden Kinderbetreuung in der Stadt Bern vom 7. März 2007“ erläutern:

„Die Informationsstelle des Jugendamtes – informiert und berät Eltern, Erziehende und Interessierte niederschwellig über alle Belange der Familienergänzenden Kinderbetreuung. Insbesondere werden Eltern bei der Suche nach einem geeigneten Betreuungsplatz unterstützt.“ Diesen Vorgaben hält die Realität oft nicht stand. Eltern, die ihre Kinder in einer städtischen Kita angemeldet haben, erleben häufig folgendes:

- Sie müssen sich selber über den aktuellen Erfolgsstand ihrer Bemühungen um einen Kita-Platz erkundigen.
- Von Seiten der Kitas wird zwar korrekt darum gebeten, sich in regelmässigen Abständen über die aktuelle Platz-Situation zu erkundigen. Für viele Suchende ist die Einschätzung eines gesunden Mittelwegs zwischen zu wenig und zu viel Nachfrage jedoch schwierig und verunsichernd. Niemand will eine Kita-Leitung mit einem Zuviel an Nachfrage vergraulen oder mit einem Zuwenig die Chance auf einen Platz vertun.
- Die Kita-Leitungen selbst haben bezüglich dieser Nachfragen oft keine einheitliche, eindeutige oder klar einzuordnende Auskunftspraxis. Auch Angaben über Aufnahmekriterien im Bereich der Familienergänzenden Kinderbetreuung differieren zuweilen stark von einer Kita zur andern. Klare und einheitliche Richtlinien für Eltern wie für Kitas könnten hier für beide Seiten Unsicherheiten und Missverständnisse vermeiden helfen.

Aus diesen Gründen bitten wir den Gemeinderat: Ein Informationssystem für Kita-Anwärterinnen zu prüfen, in dessen Vordergrund aus unserer Sicht folgende Überlegungen stehen:

1. Gleiche Informationen zu Aufnahmekriterien von allen Kitas für alle Eltern
2. Einheitliche, wiederkehrende Information über Stand der Anmeldungen
3. Klarheit für Eltern und Kitas über Frequenz, Form und Angemessenheit von Nachfragen bei den Kitas.

Bern, 27. März 2008

Postulat Fraktion SP/JUSO (Claudia Kuster, SP), Annette Lehmann, Beat Zobrist, Thomas Göttin, Christof Berger, Margrith Beyeler-Graf, Patrizia Mordini, Rolf Schuler, Liselotte Lüscher, Hasim Sönmez, Giovanna Battagliero, Ursula Marti, Gisela Vollmer, Markus Lüthi, Corinne Mathieu, Stefan Jordi, Miriam Schwarz, Andreas Krummen, Michael Aebbersold, Ruedi Keller, Andreas Flückiger, Andreas Zysset

Bericht des Gemeinderats

Aktuelles Informations- und Anmeldeverfahren

Im Anmeldeverfahren für einen Platz der familienergänzenden Betreuung für Kinder und Jugendliche haben die Eltern der Stadt Bern die Möglichkeit, verschiedene Betriebe zu kontaktieren, zu besuchen und sich in der zentralen Warteliste (gemeinsame Liste aller städtischen und privat geführten, durch die Stadt mitfinanzierten Kindertagesstätten) eintragen zu lassen. Beim Eintrag in der Warteliste können sie eine Kindertagesstätte priorisieren, sich aber gleichzeitig bei so vielen Betrieben anmelden, wie sie wünschen. Die Warteliste ist den verschiedenen Betrieben über die Internetapplikation zugänglich und wird dezentral bearbeitet. Frei werdende Plätze vergeben die Betriebsleitenden nach städtisch vorgegebenen Prioritäten.

Handlungsbedarf

Verschiedene politische Vorstösse im Jahr 2008 kritisieren die aktuelle Praxis bei der Aufnahme von Kindern und erklären sie als zuwenig transparent und unbefriedigend für die Eltern. Die Vergabe von freien Plätzen ist auch für die Betriebsleitungen eine belastende Aufgabe, da zu viele Kinder mit gleicher Dringlichkeit aufgenommen werden sollten und Eltern in Not versuchen, Druck auf die Betriebsleitenden auszuüben.

Einrichtung einer zentralen Vermittlungsstelle

Mit dem Ziel einer einheitlichen Informations- und Aufnahmepraxis wird die Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) beim Jugendamt eine zentrale Vermittlungsstelle für städtische und subventionierte Betreuungsplätze aufbauen. Aufgaben dieser Stelle werden sein, interessierte Eltern zu informieren, Kinder auf die zentrale Warteliste aufzunehmen und frei werdende Plätze nach sozialer Dringlichkeit zu vermitteln. Die zentrale Vermittlung von Plätzen ist auf Herbst 2010 geplant. Die Details zu dieser Vermittlungsstelle sind dem Prüfungsbericht zum Postulat GB/JA! (Karin Gasser/Cristina Anliker GB): „Mehr Transparenz beim Anmeldeverfahren für Kindertagesstätten“ zu entnehmen.

Mit der Einrichtung einer zentralen Vermittlungsstelle kann den im Postulat geforderten Anliegen entsprochen werden:

Zu Punkt 1:

Eltern und interessierte Stellen werden sich bezüglich der familienergänzenden Betreuung in der Stadt Bern an die zentrale Vermittlungsstelle wenden können. Damit kann gewährleistet werden, dass die Informationen einheitlich sind und einem festgelegten Standard entsprechen.

Zu Punkt 2:

Die zentrale Vermittlungsstelle wird Eltern, deren Kinder auf der Warteliste stehen, periodisch kontaktieren, um sie über den Stand der Warteliste zu informieren. Gleichzeitig soll die Warteliste regelmässig aktualisiert werden.

Zu Punkt 3:

Grundsätzlich wird es den Eltern freigestellt sein, die zentrale Vermittlungsstelle zu kontaktieren, um sich zusätzlich zu den periodischen Kontaktnahmen der Vermittlungsstelle über den Stand der Warteliste zu informieren. Diese Anfragen werden in einem „history file“ innerhalb der Applikationssoftware der Warteliste dokumentiert werden. Frequenz und Form der Anfragen werden aber den Entscheid zu einer Platzierung nicht beeinflussen oder beschleunigen, da es das explizite Ziel der zentralen Vermittlung ist, Plätze nach einheitlichen und transpa-

renten Kriterien zu vergeben (Prioritätsliste nach Vorgaben der Stadt bezüglich sozialer Dringlichkeit).

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die spezifische Frage des Kita-Informationssystems für Eltern hat keine Folgen für die Finanzen und das Personal. Die Folgen der Einrichtung der zentralen Vermittlungsstelle sind im oben erwähnten Prüfungsbericht beschrieben.

Bern, 16. Dezember 2009

Der Gemeinderat